Unterrichtung

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 06.07.2015

Sicherstellung und Weiterentwicklung der qualifizierten Angebote für taubblinde und höresehbehinderte Menschen in Niedersachsen

Beschluss des Landtages vom 20.01.2015 - Drs. 17/2779

Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland rechtsverbindlich. Sie ist damit bindendes Menschenrecht und verleiht Menschen mit Behinderungen einklagbare Rechte, vor allem das Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen. Derzeit bestehen jedoch für taubblinde und höresehbehinderte Menschen unüberwindbare Hürden, die mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht im Einklang stehen. Dazu ist festzustellen, dass Taubblindheit sich in verschiedenen Kombinationen von Hör- und Sehschädigungen manifestiert und es sich dabei um eine doppelte Sinnesbehinderung handelt, bei der das Fehlen oder die Beeinträchtigung des einen Sinnes nicht mit dem anderen kompensiert werden kann. In Niedersachsen gibt es schätzungsweise 200 bis 500 Betroffene, die im Vergleich zu anderen behinderten Menschen in ihrer Mobilität, in ihrer Kommunikation und im Informationszugang im Alltag auf besondere Weise eingeschränkt sind. Die Inklusion kann daher nur gelingen, wenn sie im Alltag durch eine persönliche Assistenz unterstützt werden und frühzeitig geeignete Kommunikationsformen, wie etwa die taktile Gebärdensprache oder das Lormen, erlernen können.

Nicht vernachlässigt werden darf in diesem Zusammenhang auch die ständig wachsende Zahl von älteren Menschen mit einer Taubblindheit, welche durch die Kombination der altersbedingten Hör- und Sehbeeinträchtigungen entsteht. Auch für diese Menschen werden umfassende Unterstützungsmechanismen benötigt. Niedersachsen kann eine Leuchtturmfunktion aller Bundesländer übernehmen, indem es gemeinsam mit den zuständigen Behindertenverbänden Modelle entwickelt, die den Bedarfen Rechnung tragen und gleichzeitig dem Mangel an geeigneten Fachkräften entgegenwirken.

Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang fest,

1. dass sich die Landesregierung vielfältig für ein inklusives Niedersachsen engagiert. So hat die Landesregierung als eine der ersten Maßnahmen seit der Regierungsübernahme im Februar 2013 neben der interministeriellen Arbeitsgruppe Inklusion die „Fachkommission Inklusion“ gegründet, die unter der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet.
2. dass das Landesblindengeld zum 1. April 2014 für blinde Menschen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, von 265 Euro auf 300 Euro erhöht wurde.
3. dass die Leistungen für Taubblinde aus den Mitteln des Blindenfonds ausgeweitet wurden. Sie bekommen künftig 2 500 Euro pro Jahr und eine Arbeitsassistenz zur Ausübung ihres Ehrenamtes zur Seite gestellt.
4. dass modellhafte Inklusionsprojekte auf kommunaler Ebene mit 450 000 Euro gefördert werden. Mit den Mitteln werden modellhafte Projekte gefördert, die dazu beitragen, die Inklusion behinderter Menschen auf der kommunalen Ebene voranzutreiben.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf,

1. sich auf Bundesebene weiterhin für die Einführung des Merkzeichens TBI in den Schwerbehinderten-Ausweis zu engagieren, damit Taubblindheit endlich als eigenständige Behinderung akzeptiert und amtlich anerkannt wird,
2. in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Blindenverband und dem Niedersächsischen Taubblindenwerk gGmbH dafür Sorge zu tragen, dass Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Taubblindenassistentinnen und -assistenten sowie Taubblindendolmetscherinnen und -dolmetscher etabliert, gesichert und ausgebaut werden, sodass dauerhaft und ausreichend Fachkräfte zur Betreuung der Taubblinden und Hörsehbehinderten aller Altersgruppen in Niedersachsen zur Verfügung stehen,
3. sich für eine bundesweit einheitliche Finanzierungssituation der Assistenzkräfte sowie der Kommunikationsdolmetscherinnen und -dolmetscher einzusetzen,
4. bei den zuständigen Trägern darauf hinzuwirken, dass das Genehmigungsverfahren für Rehabilitationsmaßnahmen und Hilfsmittel für hörsehbehinderte und taubblinde Menschen vereinfacht und vereinheitlicht wird und eine Frist von sechs Wochen nicht überschreitet, z. B. durch eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Deutschen Taubblindenwerk gGmbH und dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie,
5. im Rahmen der Frühförderung für taubblinde und hörsehbehinderte Kinder, die sich in einer Einrichtung befinden, eine fachlich kompetente Beratung in Abstimmung mit den Trägern der Eingliederungshilfe sicherzustellen,
6. im Rahmen der Altenpflege für taubblinde und hörsehbehinderte Menschen eine fachlich kompetente Beratung und Assistenz zu ermöglichen,
7. den vorhandenen und zu erwartenden Bedarf an Blinden- und Gehörlosenpädagoginnen und -pädagogen sowie Taubblindenpädagoginnen und -pädagogen unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention zu ermitteln,
8. zu klären, ob der ermittelte Bedarf mit den vorhandenen Studienplatzangeboten gedeckt werden kann oder wie der Bedarf für Blinden- und Gehörlosenpädagogik sowie Taubblindenpädagogik gegebenenfalls in Absprache mit den norddeutschen Bundesländern sichergestellt werden kann.

Antwort der Landesregierung vom 03.07.2015

Die Verbesserung der Lebenssituation taubblinder und hörsehbehinderter Menschen ist Bestandteil einer Reihe von Maßnahmen dieser Landesregierung zur Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Taubblinde und hörsehbehinderte Menschen sind in besonderem Maße eingeschränkt, weil in ihrem Fall das Fehlen eines Sinnes nicht oder nur unzureichend durch einen anderen Sinn ausgeglichen werden kann. Eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben ist nur möglich, wenn die Betroffenen auf entsprechende Unterstützungsleistungen zurückgreifen können. Da diese Mehrfachbehinderung vergleichsweise selten vorkommt, ist die besondere Situation der Betroffenen öffentlich bislang kaum wahrgenommen worden. Der Umfang der notwendigen Hilfsangebote ist daher noch gering.

Das Europäische Parlament hat in seiner Erklärung zu den Rechten von Hör- und Sehbehinderten (Taubblinden) vom 12.04.2004 die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Rechte der Taubblinden anzuerkennen und ihnen Geltung zu verschaffen. Zudem werden in der UN-Behindertenrechtskonvention neben den blinden und gehörlosen auch die taubblinden Menschen ausdrücklich aufgeführt (Artikel 24 Abs. 3). In der Bundesrepublik Deutschland hat sich mittlerweile ein Bewusstsein für die Probleme, die sich aus dieser Mehrfachbehinderung ergeben, herausgebildet. Gleichwohl bestehen bislang noch keine gesicherten Erkenntnisse über die tatsächliche Anzahl der Menschen, die davon betroffen sind. Schätzungen des Gemeinsamen Fachausschusses Hörsehbehindert/Taubblind des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes e. V. für die Bundesrepublik Deutschland bewegen sich zwischen 2 500 und 6 000 Personen. In Niedersachsen könnten also 250 bis 600 Men-

schen von Taubblindheit betroffen sein. Leistungen aus dem Landesblindenfonds nehmen aktuell knapp 50 taubblinde Personen außerhalb von Einrichtungen in Anspruch.

Wegen der großen Schätzungsbreite lassen sich keine gesicherten Aussagen zum Umfang des tatsächlichen Unterstützungsbedarfs treffen. Das Informationsdefizit betrifft auch die Arbeit der Sozialversicherungsträger, insbesondere der Krankenkassen. Hier erschwert nicht zuletzt die Tatsache, dass weder Erhebungen über die Zahl der Betroffenen noch empirisch gesicherte Erkenntnisse über die Schwierigkeiten, die im Rahmen der Leistungserbringung auftreten, vorliegen, die Entwicklung von Ansätzen für eine gezielte Unterstützung.

Der Bedarf richtet sich nach der Größe des betroffenen Personenkreises. Eine Möglichkeit, hier zu verlässlichen Zahlen zu gelangen, ist die Einführung eines Merkzeichens „Taubblind“ (TBI) o. ä. im Rahmen des Verfahrens zur Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft nach dem SGB IX. Nach einstimmigem Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 28./29.11.2012 haben die Länder den Bund um die Einführung dieses Merkzeichens gebeten. Die ursprünglich vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bereits für das Jahr 2014 geplante Einführung wurde jedoch verschoben (vgl. nachstehende Ausführungen zu Nummer 1).

Ungeachtet dessen ist es notwendig, die Qualifizierung von Taubblindenassistentinnen und Taubblindenassistenten voranzutreiben, da aktuell unzweifelhaft ein entsprechender Bedarf besteht. Selbst wenn man sich bei der Schätzung an der unteren Grenze orientiert, was für Niedersachsen allein bei den Taubblinden einem Personenkreis von ca. 250 Betroffenen entspricht, ist von einer Unterdeckung beim Fachpersonal auszugehen. Von den 33 derzeit beim Taubblinden-Assistenten-Verband e. V. registrierten Taubblindenassistentinnen und Taubblindenassistenten entfallen lediglich vier auf Niedersachsen. Da zurzeit lediglich an drei Standorten (Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen) ausgebildet wird, soll möglichst schnell mit der Qualifizierung in Niedersachsen begonnen werden.

Dies vorausgeschickt, wird zu den Nummern 1 bis 8 der Landtagsentschließung Folgendes ausgeführt:

Zu 1:

Die ursprünglich für das Jahr 2014 geplante Einführung des Merkzeichens „Taubblind“ (TBI) wurde verschoben, weil keine Einigung zwischen Bund und Ländern über die rechtlichen Bedingungen herbeigeführt werden konnte. Unter anderem bestand die Befürchtung, dass eine schnelle Einführung rechtliche Unklarheiten mit sich bringen würde. Auf Wunsch der Länder hatte der Ärztliche Sachverständigenbeirat Versorgungsmedizin beim BMAS eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um entsprechende Kriterien zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe hat 2014 ihre Tätigkeit aufgenommen, abschließende Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Auch ein konkreter Zeitpunkt für die Einführung des neuen Merkzeichens ist derzeit noch nicht absehbar.

Der Umfang der Hilfsangebote ist abhängig von der tatsächlichen Anzahl der von Taubblindheit und Hörsehbehinderung beeinträchtigten Menschen in Niedersachsen. Insofern ist die Einführung eines entsprechenden Merkzeichens, mit dessen Hilfe die Anzahl der in Niedersachsen lebenden taubblinden und hörsehbehinderten Menschen ermittelt werden kann, unbedingt geboten. Zudem würde ein Merkzeichen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen den gewährenden Stellen die Zuordnung bzw. die Feststellung des Bedarfs erleichtern, was wiederum den betroffenen Menschen zugutekäme. Die Landesregierung wird sich daher weiterhin für die Einführung eines entsprechenden Merkzeichens einsetzen.

Zu 2:

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V. hat dem MS ein Konzept für eine Qualifizierungsmaßnahme zur Taubblindenassistentin bzw. zum Taubblindenassistenten vorgelegt. Die erste Qualifizierungsmaßnahme soll zum 01.10.2015 beginnen. Geplant ist die Qualifizierung von jährlich 14 Teilnehmenden bei einer Verteilung auf insgesamt 31 Schulungstage. Die jährlichen Bruttokosten wurden auf der Grundlage von Richtwerten errechnet und belaufen sich auf rund 100 000 Euro.

Die Landesregierung hat dem von der Beratungsstelle für Taubblinde initiierten und zu organisierenden Projekt bereits zugestimmt. Das Land Niedersachsen wird sich an den Kosten mit jährlich

50 000 Euro beteiligen. Ein Antrag auf Gewährung der Landeszuwendung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die allgemeine Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben und für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich (Rd.Erl. des MS vom 15.10.2010 - Nds. MBl. S. 1021) für die erste Qualifizierungsmaßnahme liegt vor und wird derzeit geprüft.

Zu 3:

Gebärdensprach- und Schreibdolmetscherinnen und -dolmetscher werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz bezahlt. Der Stundensatz ist 2006 von 55 Euro auf 75 Euro erhöht worden. Dieser Satz wird auch in Niedersachsen gezahlt. Sofern Kommunikationsdolmetscherinnen und -dolmetscher für taubblinde Menschen tätig werden, ist auch ihnen eine entsprechende Vergütung zu zahlen.

Zu 4:

Im Rahmen der Beantragung von Hilfsmitteln besteht bereits durch den § 13 Abs. 3 a SGB V ein Anspruch auf eine kurzfristige Entscheidung der Krankenkasse. § 13 Abs. 3 a SGB V regelt, dass Krankenkassen über Anträge zügig, spätestens bis zum Ablauf von drei Wochen nach Antragseingang oder in Fällen, in denen eine gutachterliche Stellungnahme, insbesondere des Medizinischen Dienstes, eingeholt wird, innerhalb von fünf Wochen nach Antragseingang zu entscheiden haben. Im Falle von nach dem Bundesmantelvertrag für Zahnärzte vorgesehenen Gutachterverfahren umfasst die Frist sechs Wochen.

Sofern die Krankenkasse Fristen nicht einhalten kann, ist sie verpflichtet, dies dem Leistungsberechtigten unter Darlegung der Gründe mitzuteilen. Erfolgt keine Mitteilung eines hinreichenden Grundes, gilt die Leistung nach Ablauf der Frist als genehmigt. Die Regelungen über die Zuständigkeit der Reha-Träger sowie der Fristen zur Antragsbearbeitung und Weiterleitung untereinander ergeben sich aus § 14 SGB IX. Hiermit wird jeweils eine zeitnahe Bearbeitung der Leistungsanträge per Gesetz grundsätzlich sichergestellt.

Über Verzögerungen oder Mängel bei der Leistungsbewilligung liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

Zu 5:

Die Träger der Eingliederungshilfe beraten die Eltern der taubblinden und höresehbehinderten Kinder gemäß § 11 SGB XII bezüglich der persönlichen Situation, des Bedarfs und der möglichen Leistungen für ihr Kind. Unter Berücksichtigung des festgestellten Hilfebedarfs werden die Leistungen der Eingliederungshilfe gewährt. Als mögliche Leistung für taubblinde und höresehbehinderte Kinder im Vorschulalter kommt die Frühförderung infrage. Die Frühförderung ist eine ambulante Leistung, die im häuslichen Bereich des Kindes, in der Frühförderstelle oder in der Kindertagesstätte erbracht wird.

Taubblinde und höresehbehinderte Kinder, die eine Krippe oder einen Kindergarten besuchen, erhalten dort in der Regel teilstationäre Leistungen der Eingliederungshilfe. Diese teilstationären Eingliederungshilfeleistungen haben einen größeren Umfang als die ambulanten Leistungen der Frühförderung. Sie decken den im Rahmen der Betreuung in der Kindertagesstätte bestehenden Eingliederungshilfebedarf des Kindes ab. Da der Bedarf im vollen Umfang durch die teilstationäre Leistung abgedeckt wird, kann zusätzlich keine weitere Eingliederungshilfeleistung in der Krippe oder dem Kindergarten gewährt werden. Im Rahmen der bedarfsdeckenden Versorgung erbringt die Einrichtung die umfassenden Leistungen entweder in vollem Umfang selbst oder beauftragt für bestimmte Leistungen einen Dritten, beispielsweise eine Frühförderstelle.

Taubblinden und höresehbehinderten Kindern, die eine stationäre Versorgung benötigen, bieten das Deutsche Taubblindenwerk in Hannover und andere Einrichtungsträger eine Betreuung bis zu 24 Stunden am Tag an und versorgen die Kinder entsprechend deren Bedürfnissen. Die Leistungen werden von dem Einrichtungsträger durch den Einsatz entsprechend ausgebildeter Fachkräfte und gegebenenfalls weiterer Betreuungskräfte erbracht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Des Weiteren wird durch die Vernetzung von Einrichtungsträgern die notwendige Fachlichkeit und Kompetenz des Personals bei besonderem Bedarf des einzelnen Kindes, beispielsweise aufgrund von Taubblindheit, erlangt. So erhalten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, falls noch nicht vorhanden, bei Aufnahme eines taubblinden Kindes

die erforderlichen Kenntnisse zur Betreuung dieses Kindes durch den Austausch mit anderen Einrichtungen sowie durch Beratung und Fortbildung. Eine umfassende ganzheitliche Hilfestellung ist in den Einrichtungen sichergestellt.

Zu 6:

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für den Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers berücksichtigt auch die „Pflege alter Menschen mit eingeschränkter Funktion von Sinnesorganen“. Somit ist grundsätzlich davon auszugehen, dass Pflegefachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen über genügend Kompetenz in den Bereichen der Assistenz und Beratung des betreffenden Personenkreises verfügen. Die Landesregierung plant, das Thema außerdem in einer der nächsten Sitzungen des Landespflegeausschusses zu behandeln.

Zu 7:

Eine statistische Erhebung des Bedarfs an Blinden- und Gehörlosenpädagoginnen und Blinden- und Gehörlosenpädagogen sowie an Taubblindenpädagoginnen und Taubblindenpädagogen erfolgt nicht. Vielmehr wird der Bedarf an Lehrkräften für das Lehramt für Sonderpädagogik erhoben.

Zurzeit werden im Bildungszentrum für Taubblinde in Hannover 22 landesbedienstete Lehrkräfte beschäftigt. Der Einsatzrahmen dieser Lehrkräfte beschränkt sich jedoch nicht nur auf die reine Beschulung von taubblinden Kindern, sondern umfasst auch Frühförderung, Beratung in anderen Schulen, Referententätigkeiten oder ähnliches.

Von den rund 80 Schülerinnen und Schülern hat die Hälfte das Angebot einer Internatsunterbringung angenommen. Die anderen nutzen einen täglichen Fahrdienst zwischen Wohnort und Schule. Der Wunsch vieler Eltern nach einer wohnortnahen inklusiven Beschulung legt die Etablierung eines behinderungsspezifischen mobilen Dienstes nahe. Der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V. geht davon aus, dass noch zwölf Taubblindenpädagoginnen und Taubblindenpädagogen mit spezieller Erfahrung in der Beschulung taubblinder Kinder benötigt werden, um den Bedarf in allen vorschulischen und schulischen Bereichen zu decken.

Zu 8:

Die Förderschwerpunkte Hören und Sehen werden an niedersächsischen Universitäten nicht ausgebildet. Diese können im Rahmen eines Weiterbildungsstudiengangs an der Universität Hamburg studiert werden. Eine entsprechende Maßnahme finanziert das MK für entsprechende Kohorten von Förderschullehrkräften.

Im Januar 2015 fand beim MWK eine Sitzung zum Ausbau der Studienkapazitäten für das Lehramt für Sonderpädagogik an der Universität Oldenburg unter Beteiligung des MK statt. MK teilte dabei mit, dass derzeit kein Bedarf an einer gesonderten Studiermöglichkeit für einen sonderpädagogischen Schwerpunkt „Hören“ an der Universität Oldenburg bestünde. Vielmehr wurde angeregt, Module zur Beeinträchtigung des Hörens in den Studiengängen aller Studierenden des Lehramts für Sonderpädagogik zu verankern. Dem steht die Universität Oldenburg aufgeschlossen gegenüber.